



## Vergleiche hinken



Damit, dass durch eine Wiederholungswahl nach 22 Jahren wieder ein CDU-Politiker Regierender Bürgermeister werden könnte, hat vermutlich auch **Eberhard Diepgen** nicht gerechnet. Denn, die bisherige Koalition kommt auch nach den Verlusten von insgesamt 5,4 Prozent im Vergleich zur Wahl vom September 2021 (woran der SPD-Anteil allein drei Prozent beträgt) immerhin noch auf 90 der 159 Sitze im Abgeordnetenhaus. CDU und SPD haben, ebenso wie CDU und Grüne, 86 Sitze. Mit sechs Sitzen über „dem Durst“ kann man aber auch gut regieren.

Diepgens Amtszeit als Regierender Bürgermeister war für ihn persönlich nicht frei von Enttäuschungen. Diepgen war insgesamt 15 Jahre und fünf Monate Regierender Bürgermeister und somit der am längsten amtierende Regierende Bürgermeister der Stadtgeschichte. Es gibt jedoch zwei Aber. Erstens: seine Amtszeit (1984-1989 und 1991-2001) wurde durch ein rot-grünes Zwischenspiel von 1989 bis 1991 unterbrochen. Ausgerechnet zum Mauerfall musste er **Walter Momper** das Feld überlassen. Zweitens: Den Rekord über die am längsten zusammenhängende Amtszeit hält **Klaus Wowereit** (2001-2014). 1989 wählten die Berliner Diepgen ab, 2001, nach dem Bruch der CDU-SPD Koalition, SPD, Grüne und Linke (PDS) mit einem Misstrauensvotum in Folge des Bankenskandals. Die Ehre, während seiner Amtszeit Bundesratspräsident sein zu dürfen, wurde ihm auch nicht zuteil, weil dieses Amt ausgerechnet in die Amtszeit von **Walter Momper** fiel. Nur ein halbes Jahr nach Diepgens Abwahl, stand Berlin erneut das Amt des Bundesratspräsidenten, immerhin die Nummer Vier in der Rangfolge der höchsten Staatsämter und Vertreter des Bundespräsidenten, zu. Da war aber schon **Klaus Wowereit** Regierender Bürgermeister und hatte als Bundesratspräsident die wohl schwierigste Sitzung zu leiten.

Bei der Abstimmung im Bundesrat über das Zuwanderungsgesetz stimmten die Vertreter Brandenburgs, Ministerpräsident **Manfred Stolpe** (SPD) und Innenminister **Jörg Schönbohm** (CDU) unterschiedlich ab, einer mit Ja, der andere mit Nein. Wowereit wertete die ungewöhnliche Stimmabgabe nicht als ungültig, sondern fragte so lange nach, bis sich nur der dem Gesetz zustimmende Ministerpräsident Stolpe äußerte, weil Schönbohm wohl keine Lust mehr hatte, sich zu äußern. Daraufhin verzeichnete Wowereit unter lautem Schreien des hessischen Ministerpräsidenten **Roland Koch** die Stimmen Brandenburgs als Zustimmung. Es folgte eine Normenkontrollklage vor dem Bundesverfassungsgericht. Das Gericht erklärte am 18. Dezember 2002 Wowereits Verhalten als Verfahrensfehler und das beschlossene Gesetz für nichtig. *Quelle: Wikipedia*

Übrigens, auch die nächste Bundesratspräsidentschaft fiel einem Sozialdemokraten zu, nämlich **Michael Müller**, der von 2014 bis 2021 Regierender Bürgermeister war. Er hatte die ehrenvolle Aufgabe, den Bundespräsidenten genau an dem Tag vertreten zu müssen, als **Ursula von der Leyen** im Schloss Bellevue in Anwesenheit von **Angela Merkel** ihre Entlassungsurkunde als Verteidigungsministerin erhielt und **Annegret Kramp-Karrenbauer** zu ihrer Nachfolgerin ernannt wurde. **Kai Wegner** müsste bis Mitte der 2030er Jahre Regierender Bürgermeister bleiben, um auch Bundesratspräsident werden zu können.

## Zurück in die Gegenwart



Diese Frauen und Männer werden voraussichtlich für die nächsten dreieinhalb Jahre Berlin regieren. Na, schauen wir mal.



Im Newsletter der CDU verbreitet Generalsekretär **Stefan Evers** geradezu überschwängliche Zuversicht und stellt so manch hinkenden Vergleich an: „Man kann über die Verhältnisse der Hauptstadt sagen, was man will - das Berliner Publikum bekam in dieser Woche Bestes geboten, was Polit-Thriller zu bieten haben. ‚House of Cards‘ war nichts dagegen. Und das spektakuläre Trennungsdrama ‚Johnny Depp vs. Amber Heard‘ mutet geradezu farblos an im Vergleich zum rot-grün-roten Rosenkrieg. Während CDU und Grüne noch sondierten, reichten die Sozialdemokraten bereits die Scheidung ein. Die Abrechnung dazu gab es sogar schriftlich und man fragt sich angesichts ihrer Deutlichkeit, wie die ach so progressiven Parteien es eigentlich sechs Jahre miteinander ausgehalten haben.“ Naja, „House of Cards“ war dann doch um einiges spannender und „Depp vs. Heard“ ekelhafter als das was SPD und Grüne boten. Richtig ist Evers Frage, wie das Rot-Grüne-Rote-Bündnis so lange halten konnte.

„Aus unserer Sicht liefen die Sondierungen mit SPD und Grünen hingegen harmonisch, vertrauensvoll und lösungsorientiert.“, schreibt Evers. Die CDU spielt jetzt mit der SPD und die Grünen sitzen auf der Reservebank. Scheitern die Schwarz-Roten-Koalitionsverhandlungen, wird der Preis, die Grünen aufs Spielfeld zu holen, sehr hoch sein. Mit weiteren 500 Metern Fußgängerzone in der Friedrichstraße wird’s nicht getan sein.



„Im Ergebnis hat der Landesvorstand gestern einstimmig beschlossen, in der kommenden Woche Koalitionsverhandlungen mit der SPD aufzunehmen. Gemeinsam mit den Sozialdemokraten wollen wir schnellstmöglich eine Regierung bilden, die nicht nur drängende Probleme angeht, sondern vor allem die politisch gespaltene Stadt wieder zusammenführt und das Gemeinsame in den Mittelpunkt stellt. Vernunft, Versöhnung und Verantwortung sollen endlich Leitlinien der Regierungspolitik werden.“, heißt es. Das Ziel der CDU ist also eine „Koalition der Vernunft

und Verantwortung.“ „Ende April oder Anfang Mai soll ein neuer Senat im Amt sein und **Kai Wegner** Berlins neuer Regierender Bürgermeister werden. Und wir starten in die Koalitionsverhandlungen mit ambitionierten Zielen: Unter anderem wollen wir eine Verwaltungsreform auf den Weg bringen, die bis zum Ende der Wahlperiode beschlossen wird. Zudem muss der Öffentliche Dienst als Arbeitgeber für neue Talente wieder attraktiver werden. Der Wohnungsneubaumotor muss endlich angeschmissen und der Mieterschutz geschärft werden. Bei der Inneren Sicherheit müssen wir über den Ausbau der Videoüberwachung reden und darüber, die Polizei endlich vernünftig auszustatten. Nach den Sondierungen sind wir sicher, dass in Berlin der Neustart gelingt. Für diesen Neustart stehen jetzt CDU und SPD gemeinsam.“

**Jens Anker** hat in der **Berliner Morgenpost** schon mal das Personalkarussell gestartet. Spekuliert wird, dass CDU und SPD jeweils fünf Senatoren bekommen, plus Regierender Bürgermeister für die CDU. Angesichts des prozentualen Unterschieds von zehn Prozent, wäre die SPD damit sehr gut bedient. Dass **Franziska Giffey** Bürgermeisterin und Supersenatorin wird, scheint gesetzt zu sein. Dass **Andreas Geisel** und **Astrid-Sabine Busse** dem neuen Senat nicht mehr angehören werden, scheint auch klar zu sein. Um Geisel, den einstigen Hoffnungsträger der SPD, ist es sehr schade. Er muss nun doch noch die Verantwortung für das Totalversagen einiger Bezirke und der Landeswahlleitung übernehmen, obwohl ihn keine persönliche Schuld trifft. Der Bildungssenatorin Busse wird niemand nachweinen. Netter Versuch, aber gescheitert.

Bereits im Wahlkampf hatte Wegner den Namen **Katharina Günther-Wünsch**, wie Busse auch ehemalige Schulleiterin, als Bildungssenatorin ins Gespräch gebracht. Es wird Zeit, dass sich die SPD von diesem Ressort, mit dem man keinen Blumentopf gewinnen kann, befreit. Soll die CDU mal zeigen, was sie kann. Ob die klassischen CDU-Ressorts Inneres und Wirtschaft tatsächlich für sie attraktiv sind, wird sich zeigen. Eine bessere Innenpolitik als **Iris Spranger** wird die CDU kaum machen können. Und der parteilose **Stephan Schwarz** ist alles andere als ein Verfechter linker Wirtschaftspolitik. Über die SPD-Senatoren und deren Staatssekretäre wird letztlich wieder **Raed Saleh** entscheiden, der selbst aus gutem Grunde nicht in den Senat gehen wird.

**Ed Koch**

Fotos: Patrick Liesener (2) Ed Koch (1)